



**ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST**

Rechtsbehelfsordnung

**Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität
Budapest**

**Genehmigt am 20.03.2014
Senatsbeschluss 17./ 2014 vom 20. 03. 2014**

RECHTSBEHELFSORDNUNG

§ 1 (1) Im Falle der Verletzung ihrer Rechte können Studierende

- a) zum Zwecke der rechtlichen Beratung, sich an die Studierendenschaft wenden,
- b) den Unterrichtsvermittlungsdienst in Anspruch nehmen,
- c) einen Rechtsbehelfsantrag stellen, den die Rechtsbehelfskommission der AUB verpflichtet ist, gem. den Bestimmungen des Hochschulgesetzes zu beurteilen,
- d) ein Verfahren bei dem Ombudsman für Unterrichtsrechte einzuleiten, vorausgesetzt, dass sie ihre im Hochschulgesetz geregelte Rechtsbehelfsrechte – außer des Gerichtsverfahrens – ausgeschöpft haben.

(2) Die Hochschuleinrichtung teilt der / dem Studierenden ihre Entscheidungen schriftlich mit. Der mit einer / einem Studierenden zusammenhängende Beschluss der Hochschuleinrichtung wird rechtskräftig, wenn die / der Studierende innerhalb der von Abs. (3) bestimmten Frist keinen Rechtsbehelfsantrag an die Rechtsbehelfskommission stellt oder darauf ausdrücklich verzichtet.

(3) Die / Der Studierende kann gegen einen Beschluss oder eine Maßnahme der Hochschuleinrichtung oder gegen die Unterlassung einer Maßnahme – innerhalb von 15 Tagen nach der Mitteilung bzw. bei fehlender Mitteilung innerhalb von 15 Tagen nach der Kenntniserlangung – Rechtsbehelf bei der Rechtsbehelfskommission der AUB einlegen. Gegen die mit der Beurteilung der studentischen Leistungen zusammenhängenden Entscheidungen kann grundsätzlich kein Rechtsbehelf eingelegt werden. Auch gegen die mit der Beurteilung der studentischen Leistungen zusammenhängenden Entscheidungen kann Rechtsbehelf eingelegt werden, wenn diese nicht auf das von der Hochschuleinrichtung festgelegte Anforderungssystem baut bzw. die Entscheidung widerspricht den Bestimmungen der Satzung der Hochschuleinrichtung oder die Regeln bzgl. der Organisation von Prüfungen verletzt worden sind.

(4) Den Rechtsbehelfsantrag kann nicht beurteilen,

- a) wer den angefochtenen Beschluss gefasst bzw. die angefochtene Maßnahme getroffen oder die Beschlussfassung bzw. Maßnahme unterlassen hat,
- b) wer naher Angehörige der unter lit. a genannten Person ist,
- c) von wem die objektive Beurteilung des Falles nicht zu erwarten ist.

(5) In einem Rechtsbehelfsverfahren kann die Hochschuleinrichtung folgende Beschlüsse fassen:

- a) den Antrag ablehnen,
- b) denjenigen, der die Beschlussfassung unterlassen hat, zur Beschlussfassung anweisen,
- c) den Beschluss ändern,
- d) den Beschluss aufheben und denjenigen, der den Beschluss gefasst hat, zum neuen Verfahren anweisen.

(6) Auf die Klärung des Sachverhalts, die Fristberechnung, den Nachweis, die Form, den Inhalt und die Mitteilung des Beschlusses, auf die auf Antrag oder von Amts wegen zu erfolgende Berichtigung, Ersetzung, Ergänzung, Änderung oder Widerruf des Beschlusses sind die Bestimmungen des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren¹ entsprechend anzuwenden.

(7) Die im Rechtsbehelfsverfahren gefassten Beschlüsse werden mit der Mitteilung bestandskräftig, außer, wenn die / der Studierende dessen gerichtliche Überprüfung verlangt hat.

§ 2 (1) Die / Der Studierende kann die gerichtliche Überprüfung des Rechtsbehelfsbeschlusses innerhalb von 30 Tagen nach dessen Mitteilung aus Gründen der Verletzung der Rechtsvorschriften

¹ Gesetz Nr. CXL vom Jahre 2004 über das Verwaltungsverfahren

bzw. der ihr / sein studentisches Rechtsverhältnis betreffenden Vorschriften beantragen. Bei der Anwendung dieser Vorschrift gelten als das studentische Rechtsverhältnis betreffende Vorschriften solche Rechtsvorschriften sowie inneruniversitäre Bestimmungen, die für die Studierenden Rechte und Pflichten vorsehen.

(2) Auf das Gerichtsverfahren sind die Verwaltungsprozesse betreffenden Regelungen der ungarischen Zivilprozessordnung anzuwenden. Das Gericht kann den Beschluss ändern. Das Gericht behandelt solche Fälle als Dringlichkeitsfälle.

(3) Die Bestimmungen des § 1 und der Abs. (1)-(2) sind auf die

a) Bewerber,

b) Doktoranden und Doktoratsanwärter, sowie

c) ehemalige Studierende, die über kein studentisches Rechtsverhältnis mehr verfügen, betreffenden Beschlüsse und Maßnahmen bzw. Unterlassungen entsprechend anzuwenden.